

**Der Bundesminister
für Ernährung, Landwirtschaft
und Forsten**

Bonn, den 26. Juni 1961

III C 1 — 3910 — 71/61

An den Herrn
Präsidenten des Deutschen Bundestages

**Betr.: Bericht über Stellung und Lage der Seefischerei der
Bundesrepublik Deutschland**

Bezug: Beschluß des Bundestages vom 17. März 1961
— Umdruck 781 (neu), Drucksachen 2050 Anlage, 2300,
2509 —

Namens der Bundesregierung überreiche ich die Teile I bis IV
des Berichts über Stellung und Lage der Seefischerei der Bun-
desrepublik Deutschland.

Teil V (Schlußfolgerungen) wird nachgereicht, sobald die
Erörterungen mit dem Herrn Bundesminister der Finanzen
über die sich ergebenden Mehranforderungen an den Bundes-
haushalt 1962 abgeschlossen sind.

Schwarz

Bericht

über Stellung und Lage der Seefischerei der Bundesrepublik Deutschland

I n h a l t

	Seite
I. Vorbemerkung	3
II. Stellung der Seefischerei der Bundesrepublik in Europa	3 bis 11
III. Seefischerei und Fischwirtschaft in der Volkswirtschaft	11 bis 13
IV. Lage der Seefischerei	13 bis 21
 Anlagen	
1. Gesamtanlandungen und Gesamterlöse der deutschen Seefischerei 1925 bis 1960 Abbildung 1	6
2. Fanggebiete der deutschen See- und Küstenfischerei sowie Art und Menge der gefangenen Fische 1960 Abbildung 2	9
3. Vorläufige Bilanzzahlen von vier Gesellschaften der Großen Heringsfischerei 1959/60 Anlage A	22
4. Entwicklung der Seefischerei in der sowjetischen Besatzungszone Anlage B	24

I.

Vorbemerkung

1.

Dem Bundestag wurde bereits am 28. Januar 1958 ein Bericht über die Lage der Fischwirtschaft der Bundesrepublik Deutschland vorgelegt (später in den „Berichten über Landwirtschaft“ Bd. 36 [1958], H. 3, S. 579 bis 604 veröffentlicht). Dieser Bericht enthält auch eine nähere Darstellung der Nachkriegsentwicklung der Seefischerei bis 1957¹⁾.

2.

Anfang 1961 legten die Verbände der Großen Hochseefischerei (Dampferhochseefischerei, Große Heringsfischerei) und der Kleinen Hochsee- und Küstenfischerei dem Bundestag und der Bundesregierung Denkschriften vor, in denen auf die ungünstige Entwicklung in den letzten Jahren hingewiesen wird und die Vorschläge für Hilfsmaßnahmen des Bundes enthalten. In der kurzen Zeit bis zur Verabschiedung des Bundeshaushalts 1961 war es aber weder dem Bundestag noch der Bundesregierung möglich, diese Denkschriften näher zu prüfen. Der Bundestag beschloß jedoch gewisse Erhöhungen beim Einzelplan 10 (Kap. 10 02 Tit. 585 b, Erforschung und Erschließung neuer Fanggebiete, Weiterentwicklung der Fangtechnik, Förderung der Krabbenfischerei; Kap. 10 01 Tit. 951, erste Rate für ein zweites Fischereiforschungsschiff).

3.

In der Dritten Lesung des Bundeshaushalts 1961 am 17. März 1961 nahm der Bundestag den Entschließungsantrag — Umdruck 781 (neu) — der Bundestagsabgeordneten Gewandt, Krammig, Dr. Stoltenberg, Glüsing (Dithmarschen), Struve und Fraktion an, mit dem die Bundesregierung ersucht wird,

„unverzüglich einen Bericht über die Lage der deutschen Hochseefischerei vorzulegen und mitzuteilen, ob die im Haushaltsplan zur Förderung der Seefischerei vorgesehenen Maßnahmen erweitert werden müssen oder zusätzliche Hilfsmaßnahmen erforderlich sind“.

II.

Stellung der Seefischerei der Bundesrepublik in Europa

1. Die Fischereierträge der Welt²⁾, die 1959 rund 35 Millionen t betragen, haben 1960 rund 40 Millionen t (Fanggewicht) erreicht und werden in den nächsten Jahren weiter steigen. Die Zuwachsrate betrug von 1954 bis 1958 31 v. H. Im Durchschnitt

¹⁾ Die Strukturprobleme in der Fischwirtschaft sind in den „Berichten über Landwirtschaft“ Bd. 37 (1959), H. 2, S. 349 bis 360, dargelegt.

²⁾ Quelle: FAO Yearbook of Fishery Statistics 1959, Vol. XI S. xxvii, a—13

1954/58 entfielen ein Fanggewicht von rund 7,7 Millionen t und 1959 von rund 7,9 Millionen t auf Europa. Hieran war die Seefischerei der Bundesrepublik mit rund 9 v. H. beteiligt.

Die wichtigsten Fischereiländer Europas sind:

Tabelle 1³⁾

**Fischereierträge (Fanggewicht 1000 t) nach Ländern
1954/58 und 1959**

	1954/58	1959
Norwegen	1 855	1 607
Großbritannien	1 047	999
Spanien	750	845
Bundesrepublik	771	767
Frankreich	519	511
Island	507	640
Dänemark	476	674
Portugal	452	427
Niederlande	314	320
Schweden	216	265
Italien	215	213

³⁾ Quelle: FAO Yearbook of Fishery Statistics 1959, Vol. XI S. xxvii, a—13

Wegen methodischer Differenzen nicht mit den Angaben auf S. 5 f. vergleichbar.

Die Bundesrepublik stand danach 1959 in Europa an vierter Stelle. Sie nahm während der Vergleichszeit den neunten Platz in der Welt ein.

2. In allen bedeutenden Fischereiländern der Welt — und somit auch in der Bundesrepublik — steht die Seefischerei vor einem tiefgreifenden Strukturwandel, da

- a) sich die Einsatzräume der Fischereiflotten immer mehr ausdehnen,
- b) die Fangtechnik weitgehenden Veränderungen unterliegt, und
- c) die Erhaltung des Frischezustandes und der Qualität der gefangenen Fische mit steigender Entfernung vom Anlandeplatz zusätzliche technische Einrichtungen erfordern.

Schon in den letzten Jahrzehnten veränderten sich die Methoden der Seefischerei in einem Ausmaß wie zuvor nicht einmal in Jahrhunderten. Dies hängt mit den schnell fortschreitenden naturwissenschaftlichen und technischen Erkenntnissen zusammen, ist aber auch auf die wachsende ernährungswirtschaftliche Bedeutung der Seefischerei zurückzuführen.

Gegenwärtig befindet sich die Seefischerei in einem Umstellungsprozeß, dessen Ausmaß noch keineswegs abzusehen ist. Innerhalb weniger Jahre hat sich

der Übergang vom konventionellen Fischdampfer zum kombinierten Fang- und Fabrikschiff in Europa vollzogen. In anderen Ländern wie der Sowjetunion und Japan ist zudem der Einsatz von Fabrikschiffen mit unabhängigen Fangbooten nach dem Modell der Walfangflotten bereits üblich. Während um die Jahrhundertwende die Einführung und Vervollkommnung des Grundschleppnetzes geradezu revolutionierend wirkte, bewegt sich die Fangtechnik heute immer schneller in Richtung der gezielten und direkten Fischerei.

Die bessere — wenn auch immer noch sehr lückenhafte — Kenntnis des Meeres als Lebensraum, der Ernährungs- und Standortbedingungen der Fische, die Benutzung elektrischer, elektroakustischer und elektronischer Methoden sowie der Unterwasserfernsehkamera ermöglicht u. a. die Konstruktion neuer Fanggeräte, die weit systematischer angewandt werden können. Von der Sowjetunion werden sogar schon Unterseeboote für das Aufsuchen und Einkreisen von Fischschwärmen eingesetzt (direkte Fischerei). Mit Netzen aus leichten Kunststofffasern (z. B. Perlon) kann die pelagische Fischerei im Bereich der Hohen See wesentlich ausgedehnt werden (Schwimmtrawl, Ringwade usw.).

Die Seefischerei wird sich künftig nicht mehr allein auf Gebieten des Kontinentalschelfs oder an dessen Rändern abspielen, sondern auch auf größere Tiefen und vor allem weite Bereiche der Hohen See erstrecken. Die sogenannte pelagische Fischerei wird in immer größerem Umfange mit Erfolg auf Thunfische und deren Verwandte betrieben; aber auch andere Fischarten (vor allem Clupeiden), die in den pelagischen Zonen des Meeres leben, und Krebstiere dürften vermehrt gefangen werden.

Ein besonderes Phänomen sind die Stromverwirbelungen im Meer, die überall dort auftreten, wo warmes und kaltes Wasser zusammenstößt und ein Austausch zwischen Oberflächen- und Tiefenwasser (Upwelling) stattfindet. An diesen Stellen ist in aller Regel mit einer besonderen Ergiebigkeit des Fangs zu rechnen. Die Verwirbelungen unterliegen aber einer häufigen Ortsveränderung und müssen daher

mit hydrographischen und biologischen Methoden immer wieder neu ermittelt werden.

Der Hauptertrag der Seefischerei der Welt entfällt gegenwärtig auf die nördliche Halbkugel (im Durchschnitt der Jahre 1954/59 = 74 v. H.). Dies ist weniger naturbedingt als vielmehr darauf zurückzuführen, daß dieser Teil der Erde wirtschaftlich höher entwickelt ist. Weite Gebiete des Meeres auf der südlichen Halbkugel werden dagegen bisher nur wenig oder gar nicht befischt. Dieses Bild wird sich — wie einige Beispiele (u. a. Peru) zeigen — schon in den nächsten Jahrzehnten schnell ändern, nachdem erkannt ist, wie groß die ungenutzten Bestände an Fischen, Schalen- und Krustentieren, sonstigen Nahrungsmitteln und Rohstoffen anderer Art noch sind. In die Auseinandersetzung zwischen Ost und West ist auch das Meer — angesichts des geradezu revolutionären Wachstums der Menschheit — weitgehend einbezogen. Von den Großmächten (z. B. Sowjetunion und USA) sind inzwischen gigantische Programme zur besseren Erforschung des Meeres mit dem Ziel eingeleitet worden, sich für die Zukunft einen möglichst großen Teil seiner Schätze zu sichern¹⁾.

3. Die Gesamtanlandungen der Seefischerei der Bundesrepublik nach Betriebsarten haben sich im Vergleich zu 1938 seit 1950 wie folgt entwickelt (Tabelle 2 und Abbildung 1).

Die Tabelle 2 zeigt, daß in den Anlandungen der Dampferhochseefischerei seit 1957 eine rückläufige Entwicklung eintrat. Die Ursache liegt vornehmlich in der Erweiterung der Fischereigrenzen durch andere Länder und in dem ungünstigen Verlauf der Heringssaison in der Nordsee.

Für 1960 ist auch bei der Kleinen Hochsee- und Küstenfischerei ein beträchtlicher Ertragsrückgang festzustellen, da die Industriefischerei (für Fischmehlfabriken) wegen des starken Preiseinbruchs auf dem Weltmarkt für Fischmehl eingeschränkt wurde.

¹⁾ Näheres s. „Berichte über Landwirtschaft“ Bd. 38 (1960), H. 4, S. 782 f.

Tabelle 2

Fangerträge der Seefischerei der Bundesrepublik
(1000 t)

Betriebsart	1938	1950	1951	1952	1953	1954	1955	1956	1957	1958	1959	1960	ϕ 1950/60
Dampferhochseefischerei	561	371	489	471	508	461	509	492	447	417	431	383	452,6
Große Heringsfischerei	69	47	60	56	60	61	69	64	75	73	76	69	64,6
Kleine Hochsee- und Küstenfischerei . .	56	107	105	111	140	135	173	139	164	161	171	141	140,4
Anlandungen in deutschen Häfen . .	686	525	654	638	708	657	751	695	686	651	678	593	657,6
Anlandungen in ausländischen Häfen . .	3	—	15	20	20	13	23	16	23	15	16	16	16,4
Gesamtanlandungen ¹⁾	689	525	669	658	728	670	774	711	709	666	694	609	674,0
Gesamterlöse ²⁾ Millionen DM	104	144	206	200	218	235	256	271	296	260	282	264	239,2

Quelle: Jahresberichte über die deutsche Fischwirtschaft 1938, 1950 bis 1959, Mitteilungen Statistisches Bundesamt 1960

¹⁾ vgl. auch nachstehende Abbildung 1

²⁾ Ohne Erlöse für Fischmehl (sofern in Bordanlagen erzeugt), Tran und Roggen

Abbildung 1



Die Aufgliederung der Gesamtanlandungen für 1959 und 1960 im Bundesgebiet nach Hauptfischarten ist Tabelle 3 zu entnehmen.

Tabelle 3

Fischart	1960	1959	1960	1959	1960 gegenüber 1959 ±	
	t	t	v. H.	v. H.	t	v. H.
Hering	184 621	260 139	31,1	38,4	— 75 518	— 29,0
Rotbarsch	142 650	141 379	24,1	20,9	— 1 271	— 9,0
Kabeljau	89 317	74 917	15,1	11,1	+ 14 400	+ 19,2
Seelachs	48 135	48 833	8,1	7,2	— 698	— 1,4
Schellfisch	9 112	10 375	1,5	1,5	— 1 263	— 12,2
Sonstiges	119 121	141 874	20,1	20,9	— 22 753	— 16,0
Gesamt	592 956	677 517	100	100	— 84 561	— 12,5

Quelle: Jahresbericht über die deutsche Fischwirtschaft 1959, Mitteilungen des Statistischen Bundesamtes

Bei vergleichender Betrachtung der Tabelle 3 ergibt sich für 1960 eine erhebliche Steigerung bei Kabeljau, während alle anderen Fischarten, insbesondere der Hering, hinter dem Vorjahr zurückblieben.

4. Die Produktivität der Fischereiflotte weist nach Betriebsarten — wie Tabelle 4 zeigt — beträchtliche Unterschiede auf.

Tabelle 4

Produktivität der deutschen Fischereiflotte nach Betriebsarten
Durchschnitt 1957/59

	Fischereiertrag in t pro	
	BRT	Fischer
Dampferhochseefischerei	3,8	94,1
Große Heringsfischerei	3,1	39,3
Kleine Hochsee- und Küstenfischerei	4,7	32,1
Durchschnitt — insgesamt	3,9	57,4

Quelle: „Berichte über Landwirtschaft“ Bd. 38 (1960), S. 785

Bezogen auf die Arbeitskraft arbeitet die Dampferhochseefischerei am rationellsten. Hieraus lassen sich aber nicht ohne weiteres Schlüsse auf das Betriebsergebnis ziehen.

Im Fangertrag zeigt die Fischereiflotte der Bundesrepublik im Vergleich zu den übrigen EWG Ländern die höchste Produktivität. Beim Fangerlös pro Tonne und Fischer ergibt sich dagegen ein anderes Bild:

Tabelle 5

	Fangerlös in US-Dollar 1958	
	pro t	pro Fischer
Bundesrepublik	95	6 583
Niederlande	102	5 350
Belgien	181	5 043
Frankreich	239	2 493
Italien	305	693

Quelle: „Berichte über Landwirtschaft“ Bd. 38 (1960), S. 785

Während der Erlös pro t in der Bundesrepublik am niedrigsten war, übertraf der Erlös pro Fischer die übrigen EWG-Länder. Dies trifft auch bei einem Vergleich mit allen Fischereiländern in der OEEC zu.

5. In den letzten Jahrzehnten dehnten sich die Einsatzräume der Seefischerei der Bundesrepublik immer weiter aus (Abbildung 2). Sie erstrecken sich heute auf die Ostsee, die Nordsee, den Nordostatlantik und weite Teile des Nordwestatlantiks.

Der Fang vollzieht sich deshalb fast vollständig außerhalb der eigenen Hoheitsgewässer, besitzt somit internationalen Charakter und unterliegt einem scharfen Wettbewerb. Die Veränderungen im Einsatz der Fischereiflotte von 1950 bis 1959/60 werden bei einem Vergleich der Anlandungen nach Fahrtgebieten besonders deutlich:

Tabelle 6

**Aufteilung der Fangerträge nach Einsatzräumen
v. H.**

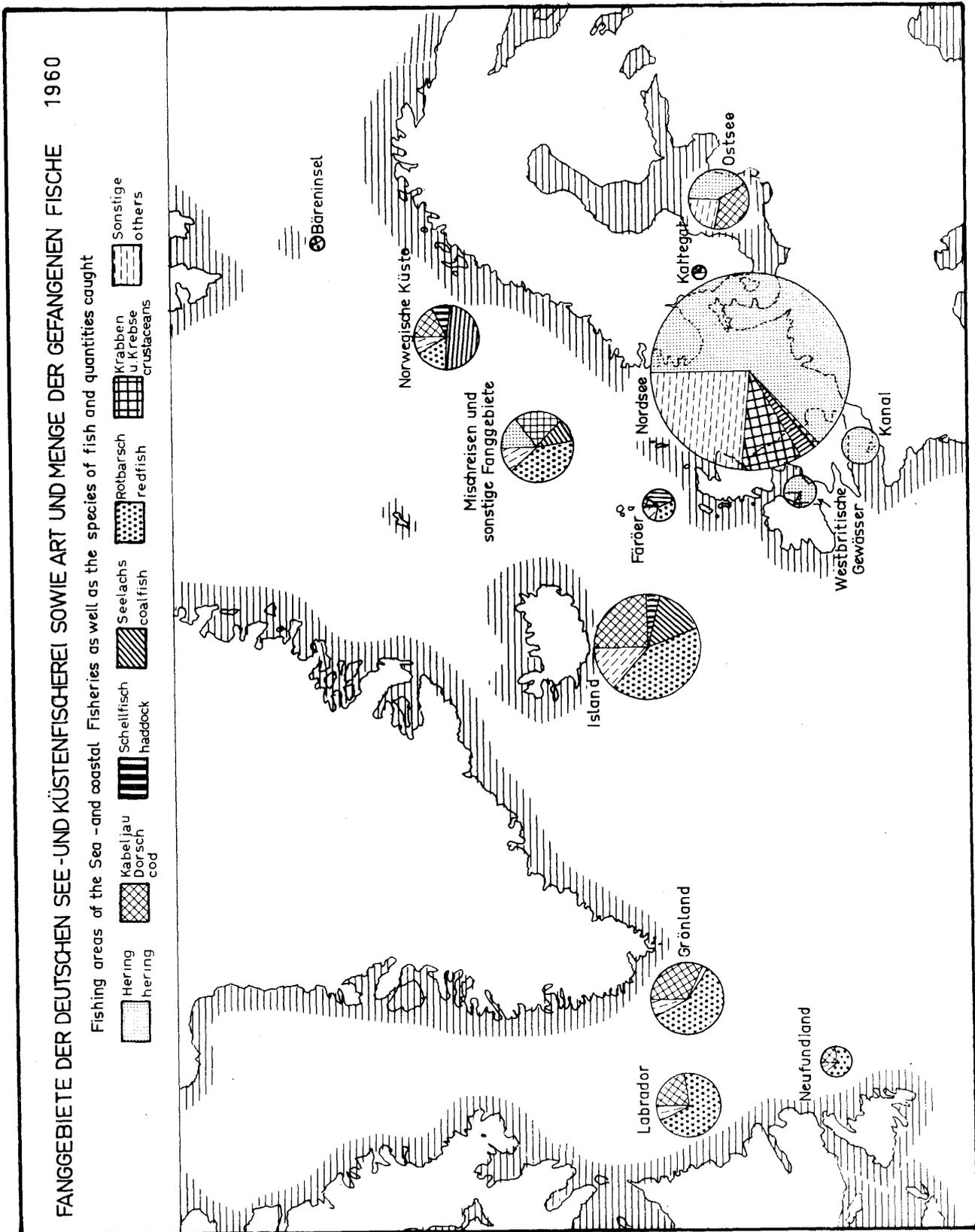
	1950	1959	1960
<i>Nahe Fahrt</i>			
Ostsee, Nordsee, Kanal, westbritische Gewässer	60,3	58,6	49,8
<i>Mittlere Fahrt</i>			
Island, norwegische Küste, Barentssee, Bäreninsel, Färöer, Mischreisen	39,7	28,0	31,1
<i>Ferne Fahrt</i>			
Grönland, Neufund- land, Laborador	—	13,4	19,1
	100	100	100

Quelle: Jahresberichte über die deutsche Fischwirtschaft 1950, 1959, 1960

Der Anteil der Anlandungen aus der fernen Fahrt dürfte in den nächsten Jahren noch beträchtlich steigen. Die Notwendigkeit einer Ausdehnung der Fernfischerei ergibt sich in erster Linie durch die Erweiterung der Fischereigrenzen vor fremden Küsten. Nachdem Island bereits 1959 12 sm in Anspruch nahm, ist Norwegen 1961 gefolgt. Auch Dänemark (einschließlich Färöer-Inseln und Grönland) und Irland werden sich diesem Vorgehen anschließen. Fraglich ist ferner, ob Großbritannien den bisherigen status quo (3 sm) beibehält. Die Bemühungen verschiedener Nordsee-Anrainer (darunter auch der Bundesrepublik) um eine Beibehaltung der jetzigen Fischereigrenzen (3 sm) werden angesichts des negativen Ausgangs zweier internationaler Seerechtskonferenzen (1958 und 1960) pessimistisch beurteilt¹⁾. Schließlich ist damit zu rechnen, daß auch Kanada in absehbarer Zeit eine Fischereigrenze von 12 sm vor seiner Atlantikküste beansprucht. Durch den Verlust von traditionellen Fanggebieten werden für unsere Seefischerei nach Angaben der Bundesforschungsanstalt für Fischerei Ausfälle von etwa 20 v. H. entstehen.

¹⁾ Näheres siehe „Berichte über Landwirtschaft“ Bd. 38 (1960), H. 4, S. 773 bis 786

Abbildung 2



Aufteilung der Anlandungen nach Fanggebieten (v. H.)

Nordsee	42,3	Norwegische Küste	6,1	Neufundland	1,1
Kanal	0,7	Barentsee	0,4	Labrador	6,1
Westbritische Gewässer	0,4	Bäreninsel	—	Mischreisen und sonstige Fanggebiete	7,1
Ostsee	6,0	Grönland	11,5		
Island	17,3	Färöer	0,7		

Von den Erträgen der Seefischerei der Bundesrepublik hängen die nachfolgenden Stufen der Fischwirtschaft (Industrie und Handel) weitgehend ab. Wenn deren Rohstoffversorgung gesichert und erweitert werden soll, dann gibt es nur den Weg der Erforschung und Erschließung neuer Fanggebiete im Atlantik und vielleicht auch in anderen Bereichen des Meeres. Dazu muß eine wesentliche Verbesserung, Erweiterung und Rationalisierung der Fangtechnik eintreten.

Nur wenn ein Ersatz für verlorengegangene oder verlorengewordene Fanggebiete erreicht wird, kann die Fischwirtschaft der Bundesrepublik in ihrem jetzigen Umfang bestehen und an der weiteren Entwicklung der Fischwirtschaft in der Welt angemessen teilnehmen.

6. Die Seefischerei der Bundesrepublik wurde durch den verlorenen Krieg stark betroffen und hat dessen Folgen bisher nicht überwinden können. Darüber hinaus ist sie durch den bereits bestehenden Verlust (und die noch eintretende Einbuße) wichtiger Fanggebiete in ihrer Wettbewerbslage beeinträchtigt. Dagegen wurde die Wettbewerbsfähigkeit der Seefischereien anderer Länder durch folgende Faktoren begünstigt:

- a) bessere Standortbedingungen,
- b) keine Währungsreform (alle übrigen Länder),
- c) weniger Kriegsschäden, weitgehender Ersatz derselben (alle übrigen Länder),
- d) größerer Einsatz von ERP-Mitteln (z. B. in Norwegen, Dänemark, den Niederlanden, Belgien und Frankreich),
- e) höhere Aufwendungen des Staates — Subventionen und Darlehen — (z. B. Norwegen, Frankreich, Großbritannien und Island),
- f) günstigere Abschreibung für Neubauten und steuerbefreite Bildung von Erneuerungsrücklagen (u. a. Norwegen, Dänemark, die Niederlande, Frankreich, Großbritannien),
- g) relativ höhere Aufwendungen für die Meeres- und Fischereiforschung (Norwegen, Dänemark, Niederlande, Frankreich, Großbritannien, Island),
- h) weitgehenderer Ausbau der Fischereiverwaltung (Norwegen, Dänemark, Niederlande, Frankreich, Großbritannien, Island),
- i) stärkerer Schutz gegen Einfuhren — höhere Zölle, weniger Liberalisierung — (im Gegensatz zu anderen Ländern in Europa mußte die Bundesrepublik auch ihre Fischeinfuhr aus Gründen der Zahlungsbilanz weitgehend liberalisieren).

Alle übrigen Fischereiländer Europas haben eine längere Küstenlinie und somit eine günstigere Ausgangslage zu den Fanggebieten. Die Fischerei hat dort — zum Teil schon seit Jahrhunderten — eine relativ größere volkswirtschaftliche Bedeutung erlangt. Auch durch eine stärkere maritime Einstellung der Bevölkerung wurde die Förderung der Fischerei begünstigt.

7. Von allen Zweigen der Urproduktion ist die Seefischerei derjenige, der am stärksten von den Naturbedingungen und Naturveränderungen

abhängig ist. Kommt in dieser Tatsache bereits eine Beeinträchtigung der Produktionsmöglichkeiten zum Ausdruck, so tritt als weitere bedeutende Schwierigkeit die leichte Verderbnis der „Ware“ hinzu, die sich um so einschneidender auswirkt, je weiter die Fanggebiete von den Anlandeplätzen entfernt sind. Der Schutz des Fanges vor Verderb stellt die Seefischerei deshalb vor besondere Probleme. — Im ganzen gesehen ist die Abhängigkeit der Seefischerei von Naturfaktoren noch weitaus größer als die der Landwirtschaft.

8. Funktionell besteht zwischen der Seefischerei und den anschließenden Stufen (Industrie und Handel) eine starke Verbundenheit. Dies drückt sich u. a. darin aus, daß Unternehmen der Fischwirtschaft häufig vertikal organisiert sind (Fang, Verarbeitung, Handel). Sie können aus Gründen eines besseren Risikoausgleichs günstigere Betriebsergebnisse erzielen.

Die engen Beziehungen zwischen den einzelnen Sparten der Fischwirtschaft sind ebenfalls weitgehend naturbedingt; denn von den zeitlichen und mengenmäßigen Schwankungen der Anlandungen der Seefischerei werden Industrie und Handel in ihren Dispositionen stark betroffen und müssen sich in ihrem Verhalten darauf einstellen. Die Fischwirtschaft ist aber auch deshalb als eine Verbundwirtschaft erster Ordnung anzusehen, weil die Anlandungen der Seefischerei durch Be- und Verarbeitung sowie ihren Vertrieb bei Industrie und Handel eine außerordentliche Wertsteigerung erfahren. Diese beträgt zwischen dem Rohwareneinsatz der fischverarbeitenden Industrie und deren Umsatz nicht weniger als 265 v. H., ist doch die Arbeitsintensität dieser Branche die weitaus höchste von allen Sparten der Ernährungswirtschaft¹⁾.

9. Nicht von ungefähr nehmen die bedeutenden Fischereiländer Europas ganz bewußt eine starke Unterstützung ihrer Seefischerei aus öffentlichen Mitteln vor. Sie erkannten, daß die Anlandungen eine unerläßliche Grundlage für das Gedeihen aller übrigen Zweige der Fischwirtschaft mit ihren vielen Nebenbetrieben bilden und damit kräftige Impulse für das gesamte Wirtschaftsleben in den Küstengebieten entstehen. Sie fördern die Seefischerei, weil damit die Voraussetzungen für eine Veredlung und Wertsteigerung von Rohstoffen geschaffen werden, die volkswirtschaftlich und im Steuerertrag ein Mehrfaches der Zuschüsse für die Erzeugung erbringen.

So hat zum Beispiel der Storting (Parlament) in Norwegen im Haushaltsplan 1961 allein für die Anlandungen der Seefischerei einen Zuschuß von 59,7 Millionen Kronen (= 35,8 Millionen DM) bewilligt. Bei voraussichtlichen Gesamtlandungen von 1,4 Millionen t im Jahre 1961 bedeutet das eine Subvention von rund 25 DM pro t²⁾.

¹⁾ Jahresbericht über die deutsche Fischwirtschaft 1958, S. 261

²⁾ Nach einer Mitteilung in der Zeitschrift „Fiskaren“ des norwegischen Fischereidirektorats vom 8. Februar 1961

In den Jahren 1957/58 bis 1960/61 hat das britische Parlament für die Förderung der Seefischerei Großbritanniens, die in ihrer Struktur mit der Seefischerei der Bundesrepublik vergleichbar ist, folgende Mittel bewilligt ¹⁾:

Tabelle 7

Verwendungszweck	1957/58 DM	1958/59 DM	1959/60 DM	1960/61 DM
Subventionen für Grundfischfänge	31 730 000	31 297 500	27 424 800	25 347 500
Subventionen für Heringsfänge	1 404 000	4 095 000	4 680 000	4 797 000
Subventionen für Heringsverarbeitung	1 404 000	1 170	1 170	1 170
Subventionen und Darlehen für Fahrzeuge				
a) der Grundfischerei	55 071 900	54 990 000	94 922 000	72 540 000
b) der Heringsfischerei	790 770	1 938 000	1 726 200	1 545 570

Quelle: Nach den Haushaltsplänen des britischen Ministeriums für Landwirtschaft, Fischerei und Ernährung — Wirtschaftsbericht der Botschaft der BR in London für 1958/1959, S. 8 bis 9.

Nach einem im Januar 1961 dem britischen Unterhaus vorgelegten Bericht über Fischereifragen (Fleck-Report) soll ab 1963 für alle Anlandungen der britischen Fischereiflotte ein Zuschuß in Höhe von etwa 7 v. H. der Bruttoerlöse gewährt werden. Außerdem ist vorgesehen, den Darlehensfonds weiter aufzustocken, um die Modernisierung und Erneuerung der Fischereiflotte im Hinblick auf die zunehmende Bedeutung der Fernfischerei schneller voranzutreiben.

Die Förderung der Seefischerei als Zweig der Urproduktion von Nahrungsmitteln läßt sich aus volkswirtschaftlichen Gründen genau so rechtfertigen wie die Förderung der Landwirtschaft durch den Staat. Es ist bekannt, daß die Landwirtschaft in vielen Ländern der Welt — darunter auch der Bundesrepublik — aus wohlwollenden Gründen in mehr oder weniger großem Umfange aus Staatsmitteln gefördert wird, damit sie mit anderen Bereichen der Volkswirtschaft Schritt halten kann.

III.

Seefischerei und Fischwirtschaft in der Volkswirtschaft

1. Wegen des Verbundcharakters der Fischwirtschaft kann die Seefischerei bei einer volkswirtschaftlichen Wertung nicht für sich betrachtet werden. Aus diesem Grunde sind in der Tabelle 8 die Umsätze aller Sparten der Fischwirtschaft für 1959 angegeben:

¹⁾ Bisher sind diese Mittel aber fast nur der mittleren Fischerei (nördliche Nordsee, Färöer) und der küstennahen Fischerei (Nordsee) zugute gekommen.

Tabelle 8

	Mill. DM
1. Seefischereiflotte	300
2. Binnenfischerei	35
3. Fischindustrie einschließlich Fischmehl- und Fischölindustrie	500
4. Küstengroßhandel	300
5. Binnengroßhandel	600
6. Sortimentshandel	125
7. Einzelhandel (davon Fischspezialhandel 300)	1 400
8. Außenhandel (Einfuhr, Ausfuhr, Direktanlan- dung)	240
9. Zulieferbetriebe	300
Gesamtumsatz der Fischwirtschaft	<u>3 800</u>

Quelle: Statistisches Jahrbuch für Ernährung, Landwirtschaft und Forsten 1960 bzw. Schätzungen

Der Umsatz der Fischwirtschaft mit 3,8 Milliarden DM liegt noch beträchtlich über dem Umsatz der Mühlen-, Brot-, Stärke- und Kartoffeltrocknungsindustrie in Höhe von rund 3,3 Milliarden DM. Auch der Umsatz der Fischindustrie mit 500 Millionen DM liegt über dem Umsatz der Wein verarbeitenden Industrie, der Brennereien und Spiritusreinigungswerke in Höhe von rund 447 Millionen DM.

Die Zahl der Betriebe der Fischwirtschaft wird mit rund 18 300 und die Zahl der Beschäftigten mit rund 97 000 angegeben. Zu den Arbeitnehmern, die unmittelbar im Dienst der Fischwirtschaft stehen, kommen aber noch zahlreiche Personen, die mittelbar für die Fischwirtschaft tätig sind, die jedoch zahlenmäßig nicht erfaßt werden können (Werften, Reparatur-

betriebe, Maschinenfabriken, Netzfabriken, Versorgungsbetriebe, Dienstleistungen usw.). In den Küstenländern gibt es viele Ortschaften und einige Städte — wie etwa Bremerhaven und Cuxhaven —, für deren wirtschaftliche Existenz die Fischwirtschaft entscheidend ist.

Als Beispiel für die volkswirtschaftlichen Leistungen der Fischereiflotte werden noch die Netto-Deviseneinnahmen ¹⁾ je BRT denen der Handelsflotte gegenübergestellt:

Tabelle 9

Netto-Deviseneinnahmen je BRT

	Handelsflotte	Fischereiflotte
	DM	
1955	389	1 551
1956	438	1 626
1957	482	1 532
1958	358	1 581
1959	331	1 700
1960		1 600

Errechnet:

Handelsflotte:

Bedeutung, Entwicklung und Daten der deutschen Handelsflotte. Veröffentlicht vom Verband Deutscher Reeder 1960

Fischereiflotte:

Jahresberichte über die deutsche Fischwirtschaft 1955 bis 1959

Die Zahlen zeigen, daß die Netto-Deviseneinnahmen der Fischereiflotte je BRT beträchtlich über denen der Handelsflotte liegen.

2. Die Fischversorgung der Bundesrepublik bestand in den Jahren 1950 bis 1958 zu 83 bis 89 v. H. aus Eigenanlandungen; der Rest von 17 bzw. 11 v. H. stammte aus Einfuhren. Bei den Einfuhren handelte es sich überwiegend um Frischheringe, für die ein echter Ergänzungsbedarf bei der Fischindustrie besteht, da die eigene Fischereiflotte nicht zu allen Zeiten des Jahres Heringe anlandet. Häufig wurden Einfuhren aus Gründen der besseren Qualität der Ware bevorzugt. Wegen der Ertragsrückgänge hat sich in den Jahren 1959 und 1960 das Verhältnis zwischen Eigenanlandungen und Einfuhren etwas verschoben. Im Durchschnitt der beiden Jahre erhöhte sich der Anteil der Einfuhr an den Zufuhren auf 24,5 v. H.

¹⁾ Berechnung: Inlandserlöse + Deviseneinnahmen ./ Devisenkosten = Netto-Deviseneinnahmen

Eine Gesamtübersicht über die Zufuhren, die Versorgung des Inlands (einschließlich West-Berlin) mit Fischen und Fischwaren sowie die Ausfuhren in den Jahren 1959 und 1960 gibt Tabelle 10:

Tabelle 10

Verbrauchsentwicklung von Fischen und Fischwaren im Bundesgebiet
einschließlich Berlin (West)
1959 und 1960

	Einheit ¹⁾	1959	1960
Deutsche Fangmenge	1 000 t	739	644
Einfuhr	1 000 t	207	260
Gesamtzufuhren	1 000 t	946	904
Nicht für den menschlichen Verzehr verwendet	1 000 t	203	148
In das Währungsgebiet der DM-Ost geliefert ²⁾	1 000 t	28	28
Fischausfuhr	1 000 t	95	99
Für menschlichen Verzehr zur Verfügung insgesamt	1 000 t	620	629
je Einwohner	kg	11,3	11,3
davon: aus deutschen Fängen	kg	7,5	6,6
aus Einfuhren	kg	3,8	4,7

¹⁾ Basis Frischfisch-Anlandegewicht

²⁾ ohne Fischmehl

Quelle: Mitteilungen des Statistischen Bundesamtes

Wegen des hohen Bedarfs unserer Landwirtschaft kann die Nachfrage nach Fischmehl aus der Eigenherzeugung nicht gedeckt werden. 1960 mußten bei einem Gesamtverbrauch von 272 000 t 190 000 t eingeführt werden ³⁾.

3. In der EWG ist die Bundesrepublik das größte Fischereiland. Das gilt auch für die Kapazitäten von Industrie und Handel.

Eine gemeinsame Fischereipolitik der Mitgliedsländer besteht bisher noch nicht. Bei dem beträchtlichen Ergänzungsbedarf aller EWG-Länder aus Drittländern (nur die Niederlande haben einen Ausfuhrüberschuß) ist es nicht möglich, einen Markt wirtschaftlicher Selbstgenügsamkeit zu entwickeln. Schon die Notwendigkeit eines jahreszeitlichen Mengen- und Sortenausgleichs erfordert Einfuhren aus Drittländern.

³⁾ Nähere Angaben über Erzeugung, Einfuhr und Verbrauch von Fischmehl siehe „Berichte über Landwirtschaft“ Bd. 38 (1960), H. 4, S. 692 bis 695

Im Durchschnitt der Jahre 1957/59 entfielen von den Einfuhren aller EWG-Länder bei frischen und einfach zubereiteten Fischen 60 v. H. und bei Fischwaren (Fischkonserven, Marinaden usw.) sogar 93 v. H. auf Nichtmitgliedsländer. Von der Bundesrepublik wurden frische und einfach zubereitete Fische zu 75 v. H. aus Drittländern (überwiegend EFTA-Länder) bezogen, und bei Fischwaren kamen allein 50 v. H. der Gesamteinfuhren aus EFTA-Ländern. In der Tabelle 11 ist die Einfuhr der Bundesrepublik nach Herkunftsräumen aufgegliedert:

Tabelle 11

Einfuhren der Bundesrepublik an Fischen und Fischwaren

(Durchschnitt 1957/59 in 1000 t)

	frische und einfach zubereitete Fische	Fischwaren	Sa.
EWG . . .	30,3	0,5	30,8
EFTA . . .	78,—	12,8	90,8
übrige OEEC-Länder . .	9,2	1,4	10,6
USA/Kanada	0,3	0,1	0,4
übrige Welt	0,8	9,3	10,1
Sa.	118,6	24,1	142,7

Quelle: Errechnet nach Zahlenmaterial über Fische und Fischwaren in den EWG-Ländern, herausgegeben vom BML, Bonn 1959

Durch den allmählich entstehenden größeren Binnenmarkt innerhalb der EWG werden günstigere Absatzbedingungen für die Fischwirtschaft der Bundesrepublik erwartet. Diese Chancen dürften sich aber nur dann vollständig ausnutzen lassen, wenn die notwendigen Ergänzungseinfuhren für die Rohwarenversorgung der Fischindustrie aufrecht erhalten werden. Die Bundesrepublik hat deshalb auch darauf bestanden, daß für gewisse Positionen der Liste G des Gemeinsamen Außenzolltarifs ab 1. Januar 1962 zollfreie Einfuhrkontingente gewährt werden müssen (für frische Heringe und gewisse Arten von Frischfisch aus Drittländern).

Wenn es zu einer Verschmelzung von EWG und EFTA kommen sollte und damit wichtige Fischereiländer Europas (z. B. Großbritannien, Norwegen, Schweden, Dänemark) in einen vergrößerten Binnenmarkt einbezogen würden, dann wären bessere Voraussetzungen für eine gemeinsame Fischereipolitik gegeben (u. a. Vereinheitlichung der Wettbewerbsbedingungen und der Förderung der Seefischerei aus öffentlichen Mitteln, übergebotlicher Mengen-, Arten- und Sortenausgleich, großräumigere Verflechtung zwischen Unternehmen der Mitgliedsländer).

IV.

Lage der Seefischerei

1. Die deutsche Seefischerei wurde in ihrer aufsteigenden Entwicklung durch zwei Kriege weit zurückgeworfen. Zweimal gingen die Produktionsgrundlagen fast vollständig verloren, und nach dem letzten Kriege waren nicht nur die Flotte, sondern auch die Häfen und Landanlagen in großem Ausmaß zerstört.

Bei der bedrohlichen Ernährungslage wurde die Wiederaufnahme der Seefischerei zwar alsbald nach der Kapitulation von den Besatzungsmächten gestattet; aber es standen zuerst nur wenige, beschränkt seefähige Fahrzeuge zur Verfügung, und die Ausrüstung bereitete oft unüberwindliche Schwierigkeiten. Der Neubau von Fischereifahrzeugen wurde zwar schon 1947 wieder zugelassen; jedoch waren die Materialschwierigkeiten und die einschneidenden Baubeschränkungen ein starkes Hindernis. Die Reeder mußten Schiffe mit geringem Aktionsradius und eingeschränkter Wirtschaftlichkeit in Auftrag geben, die sie in späteren Jahren schwer belasteten. Erst nach Aufhebung aller Schiffbaubeschränkungen war ab 1950 der Bau von wirklich wirtschaftlichen Fischereifahrzeugen möglich, die auch den nautischen und technischen Anforderungen entsprachen.

Der eigentliche Wiederaufbau der Fischereiflotte, der erst nach der Währungsreform begann, stellte alle Betriebe der Seefischerei vor die schwer lösbare Aufgabe der Finanzierung. Sie war deshalb so schwierig, weil der Seefischerei kaum Mittel aus dem Marshallplan zufließen (von den USA auf Betreiben der OEEC untersagt) und sie auch nicht in das Gesetz über die Gewährung von Darlehen für den Bau und den Erwerb von Handelsschiffen vom 27. September 1950¹⁾ einbezogen wurde.

Der Bund und die Küstenländer haben den Wiederaufbau der Fischereiflotte bei der ungünstigen Ernährungslage und wegen des Darniederliegens der Wirtschaft in den Küstengebieten zwar nach Kräften unterstützt. Dennoch läßt sich nicht übersehen, daß der Wiederaufbau zu etwa 80 v. H. mit Fremdkapital durchgeführt wurde. Mit dieser Fremdbelastung haben die Reeder — und das ist nie richtig gewürdigt worden — auch eine beträchtliche Vorleistung für die Fischindustrie und den Handel übernommen. Die wirtschaftliche Wiederbelebung dieser Sparten war von den steigenden Anlandungen der Seefischerei entscheidend abhängig.

Bei dem Wiederaufbau der Fischereiflotte stand der Bau von Fischdampfern im Vordergrund. Später folgte auch der Neubau von Loggern und in geringerem Umfange derjenige von Kuttern.

Die zunehmende Kapazität der Fischereiflotte brachte einen schnellen Anstieg der Anlandungen

¹⁾ BGBI. I 1950 S. 684 — Es sah u. a. die Vergabe von Darlehen in Höhe von bis zu 40 v. H. der Neubauposten vor. Von Ausnahmemöglichkeiten im Falle eines Verlustes des Reedereiunternehmens abgesehen, sind die Mittel mit 4 v. H. zu verzinsen und in 16 gleichen Jahresraten zu tilgen.

und Erlöse (siehe Tabelle 2 S. 5) mit sich, so daß die Schiffseigner zunächst in der Lage waren, nicht nur die gegebenen Möglichkeiten einer Sonderabschreibung voll auszunutzen, sondern auch die sich aus der hohen Verschuldung ergebende Kapitalverzinsung und Amortisation zu leisten. Im Gegensatz zu anderen Wirtschaftszweigen war die Seefischerei nicht in der Lage, den Wiederaufbau ihrer Flotte über die Erlöse der Anlandungen zu finanzieren, da sich hierfür bei dem bestehenden Marktsystem kaum Möglichkeiten boten.

Bei allen Betriebszweigen der Seefischerei zeigte sich — wenn auch unterschiedlich — bis 1955 eine Aufwärtsentwicklung. Dies traf besonders für die Gr. Hochseefischerei zu.

Schon 1955 machte sich aber ein deutliches Absinken der Rendite der Seefischerei bemerkbar und trat am stärksten bei einigen mittleren und kleineren Betrieben der Dampferfischerei in Erscheinung. Sie konnten deshalb u. a. die Sonderabschreibungen für Neubauten nicht mehr voll ausnutzen, und die Rückzahlung mittelfristiger Darlehen (§ 7 d-Gelder) bereitete erhebliche Schwierigkeiten.

Unabhängig von der durch die Kriegsfolgen bedingten Sonderlage der Seefischerei der Bundesrepublik unterlagen aber auch die Betriebsergebnisse der Seefischerei in anderen Fischereiländern Europas beträchtlichen Schwankungen. Im langjährigen Durchschnitt ist die Rendite — wie die der Landwirtschaft — im Vergleich zu anderen Bereichen der Volkswirtschaft verhältnismäßig niedrig. Auf den

S. 10 f. wurde schon angeführt, daß andere Fischereiländer deshalb im Interesse ihrer gesamten Fischwirtschaft die Produktion (Seefischerei) mehr oder weniger stark aus öffentlichen Mitteln unterstützen (Verbundcharakter).

2. a) Gr. Hochseefischerei (Dampferfischerei)

aa)

Im zweiten Weltkrieg gingen 82 v. H. der deutschen Fischdampferflotte verloren. Der Wiederaufbau der Flotte unterlag — wie schon erwähnt — bis 1950 einschneidenden Baubeschränkungen der Besatzungsmächte. Danach waren die Reeder bei ihrer Kapitalarmut und unter dem Druck hoher Verschuldung nicht imstande, durch konstruktive Neuentwicklungen die Fischereitechnik schneller voranzutreiben und damit neue Risiken zu übernehmen. Hinzu kam, daß die Schiffbaukosten ab 1950 progressiv anstiegen.

Schließlich ist noch zu erwähnen, daß hauptsächlich Kohleschiffe gebaut wurden, weil eine regelmäßige Versorgung mit diesem Betriebsmittel — wie die Korea- und Suezkrise zeigten — am gesichertsten erschien. Der stärkere Übergang zu den im Antrieb billigeren Heizöl- und Dieselschiffen mit größerem Aktionsradius vollzog sich erst sehr viel später.

Die Größe und Zusammensetzung der Fischdampferflotte nach Antriebsarten ist für die Zeit von 1950 bis 1960 in Tabelle 12 dargestellt:

Tabelle 12

Größe und Zusammensetzung der Fischdampferflotte nach Antriebsarten

Jahre	Kohle		Öl		Motor		Gesamt		Ø Größe BRT
	Zahl	BRT	Zahl	BRT	Zahl	BRT	Zahl	BRT	
1950	209	87 112	—	—	21	6 070	230	93 182	405
1951	195	87 363	—	—	27	8 814	222	96 177	433
1952	196	93 204	—	—	14 ¹⁾	5 740 ¹⁾	210	98 944	471
1953	193	94 241	—	—	14	5 740	207	99 981	484
1954	185	92 626	8	4 213	19	8 898	212	105 737	498
1955	173	89 277	18	10 960	22	11 836	213	112 073	537
1956	158	81 735	23	14 320	25	14 387	206	110 442	536
1957	148	76 901	29	18 209	29	17 402	206	112 512	546
1958	140	72 793	35	22 341	31	19 339	206	114 473	555
1959	119	61 555	42	26 230	37	23 892	198	111 677	564
1960	98	56 853	46	29 650	45	33 014	194	115 366	589

¹⁾ Es wurden von USA gecharterte Schiffe zurückgegeben.

Quelle: BML

Die vorstehende Tabelle zeigt, daß sich in den zehn Vergleichsjahren eine beträchtliche Veränderung in der Struktur der Fischdampferflotte ergab. So ging die Zahl der Kohlebrenner von 209 auf 98 zurück, während die Zahl der Motorschiffe im gleichen Zeitraum von 21 auf 45 und die der Ölbrenner von 1954 bis 1960 von 8 auf 46 zunahm. Während sich die Bruttotonnage in den letzten Jahren nur noch wenig veränderte, sank die Gesamtzahl der Schiffe von 230 in 1950 auf 194 in 1960. Im Gegensatz hierzu nahm die Durchschnittsgröße der Fischdampfer ständig zu.

Das mittlere Alter der Fischdampferflotte betrug

1950	14,0 Jahre
1951	11,1 Jahre
1952	9,5 Jahre
1953	9,2 Jahre
1954	8,8 Jahre

1955	7,9 Jahre
1956	7,8 Jahre
1957	8,2 Jahre
1958	8,6 Jahre
1959	9,0 Jahre
1960	9,2 Jahre.

Danach verjüngte sich die Flotte bis 1956 verhältnismäßig schnell; in den folgenden Jahren nahm das Durchschnittsalter aber wieder zu. Zwar war 1960 das mittlere Alter noch um 3,5 Jahre niedriger als 1939 (mit 12,7 Jahren), zu berücksichtigen ist aber, daß sich die Nutzungsdauer für Fischereifahrzeuge im Vergleich zur Vorkriegszeit stark verminderte. Seinerzeit rechnete man mit einer wirtschaftlichen Nutzung von 15 bis 20 Jahren, während gegenwärtig nur noch 12 bis 15 Jahre anzusetzen sind. Die geringere Lebensdauer ist auf größeren Verschleiß und eine schnellere technische Veralterung zurückzuführen.

Tabelle 13

Größe und Altersklassen der Fischdampferflotte

per 31. Dezember 1960

Größengruppen BRT	Anzahl	v. H.	BRT Gesamt	Jahre				
				bis 5	5 bis 10	10 bis 15	15 bis 20	20 bis 25
350 bis 399	28	13,8	11 013	—	1	27	—	—
400 bis 449	7	3,5	2 989	—	2	4	1	—
450 bis 490	9	4,4	4 224	—	2	2	1	4
500 bis 549	36	17,7	19 060	—	10	13	13	—
550 bis 599	41	20,2	23 441	—	21	19	1	—
600 bis 649	33	16,3	21 037	4	24	2	2	1
650 bis 699	21	10,3	13 889	10	9	—	—	2
700 bis 749	6	2,9	4 303	6	—	—	—	—
750 bis 799	3	1,5	2 271	3	—	—	—	—
800 bis 849	8	4,0	6 636	8	—	—	—	—
850 bis 899	1	0,5	893	1	—	—	—	—
900 bis 999	9	4,4	8 539	9	—	—	—	—
1 000 bis 1 099	—	—	—	—	—	—	—	—
1 100 bis 1 199	—	—	—	—	—	—	—	—
1 200 bis 1 300	1	0,5	1 222	1	—	—	—	—
Insgesamt . . .	203	100	119 517	42	69	67	18	7
Davon außer Betrieb und zum Verkauf gestellt	9	—	4 151	—	—	6	2	1
Tatsächlich in Betrieb Stand am 31. Dezember 1960	194	—	115 366	42	69	61	16	6
Anteil in v. H. =				21,7	35,6	31,4	8,2	3,1

Quelle: BML

Die Tabelle 13 zeigt, daß die Entwicklung zu größeren Schiffseinheiten führt. Der negative Ausgang der zwei Internationalen Seerechtskonferenzen zwingt zur Umstellung auf vermehrte Fernfischerei (s. S. 7 f. und Tabelle 6).

Ende 1960 waren bereits sieben Hecktrawler mit einer Größe um 1000 BRT in Betrieb, die ausschließlich in der Fernfischerei eingesetzt wurden. Bis Ende 1961 wird sich diese Zahl auf 18 erhöhen. Alle diese Trawler sind Motorschiffe mit Antriebsleistungen von über 2000 PSi, die mit Tiefkühl-, Fischmehl- und Ölgewinnungsanlagen ausgerüstet wurden bzw. werden. In der Flotte der Gr. Hochseefischerei befinden sich ferner über 9 Seitentrawler, die eine ähnliche Ausstattung aufweisen. 15 weitere Trawler verfügen bereits über Fischmehlanlagen¹⁾.

Die Unternehmensformen der Gr. Hochseefischerei haben sich in den letzten Jahren wesentlich gewandelt, und die Zahl der Reedereien ist beträchtlich geschrumpft. Der Prozeß der horizontalen Konzentration setzte sich bis in die letzte Zeit fort, verlief aber in den einzelnen Fischereihäfen unterschiedlich. Auch die Tendenz zur vertikalen Verflechtung trat deutlich in Erscheinung. So gibt es heute zwei größere Unternehmen, die vom Fang bis zum Einzelhandel in einer Hand liegen. Die mehrstufige Organisation — und das ist in den letzten Jahren immer deutlicher geworden — ermöglicht einen günstigeren Risikoausgleich und bietet mancherlei Ansatzpunkte für eine rationellere Betriebsführung. Vertikal organisierte Unternehmen können Verluste im Bereich des Fanges in sich abfangen und überwinden. Da die Betriebsergebnisse der Flotte bei der Naturabhängigkeit des Fischfangs erfahrungsgemäß beträchtlichen Schwankungen unterliegen, ist eine stärkere Bindung an die anschließenden Stufen naheliegend. Voraussichtlich wird sich eine Konsolidierung der Fischwirtschaft über eine vermehrte vertikale Organisation zwischen Fang-, Be- und Verarbeitung sowie Absatz leichter erreichen lassen.

Die Konzentration in der Hochseefischerei führte zur Verringerung der Zahl der Reedereien, da mehrere kleine Unternehmen der dynamischen Entwicklung nicht zu folgen vermochten und von potenten Unternehmen aus anderen Bereichen der Wirtschaft übernommen wurden. Diese Umstrukturierung war bei dem hohen Kapitalbedarf, dem großen Risiko und der verhältnismäßig geringen Rendite der Hochseefischerei mehr oder weniger zwangsläufig.

¹⁾ Zwischen dem 1. Januar und dem 30. Mai 1961 liefen 15 Schiffe (davon 10 Heckfänger und 5 Seitenfänger) mit insgesamt 15 391 BRT vom Stapel; sie sind mit Tiefkühl-, Fischmehl- und Ölgewinnungsanlagen ausgerüstet. In der gleichen Zeit wurden 16 Kohlebrenner mit insgesamt 7982 BRT aus der Fahrt gezogen.

5 weitere Motortrawler (Heckfänger) mit ca. 5000 BRT sind zur Zeit im Bau; auch hierbei handelt es sich um Fang- und Fabrikschiffe.

bb)

Die Ertragslage der Hochseefischerei wurde in den letzten Jahren überwiegend durch folgende Vorgänge beeinträchtigt:

- (1.) Verlust von Fanggebieten durch die negative Entwicklung des Seerechts,
- (2.) Fangausfälle durch Veränderung der Lebens- und Standortbedingungen wirtschaftlich wichtiger Fischarten, die vornehmlich auf hydrographische und biologische Ursachen zurückgehen und eine neue Fangtechnik erfordern,
- (3.) Umschichtungen in der Flottenstruktur, bedingt durch die unter (1.) und (2.) angegebenen Gründe sowie den technischen Wandel,
- (4.) Preisverfall auf dem Weltmarkt für Fischmehl,
- (5.) Erhöhte Aufwendungen für Erhaltung der Qualität des Fangs, u. a. als Folge der Beschränkung und des Verbots bislang gebräuchlicher Konservierungsmittel für Fischwaren¹⁾,
- (6.) Wettbewerbsverzerrungen in Verbindung mit weitgehender Liberalisierung der Einfuhr und Subventionierung ausländischer Fischereiflotten.

Zu (1.) und (2.)

Die Folgen der Seerechtsentwicklung wurden bereits auf S. 7 ff. geschildert. Ähnliche wirtschaftliche Auswirkungen hatten die durch Veränderung der Lebens- und Standortbedingungen der Fische verursachten Fangausfälle. Im Vergleich zu anderen Ländern hat es hier aber auch an der nötigen Umstellung auf eine neue Fangtechnik gefehlt.

Zu (3.)

Bei der ungünstigen Ertragslage der Gr. Hochseefischerei wäre es zweckmäßiger gewesen, die mit der Umschichtung der Flottenstruktur verbundenen hohen Investitionen — d. h. insbesondere den Bau kombinierter Fang- und Fabrikschiffe — auf längere Zeit zu verteilen und nicht ab 1958 zu massieren. Doch ist nicht zu verkennen, daß die unter (1.) und (2.) angeführten Ereignisse keine andere Wahl ließen.

Zu (4.)

Der gegen Ende 1959 eintretende Preisverfall für Fischmehl auf dem Weltmarkt brachte den Reedereien unvorhergesehene Verluste von über 8 Millionen DM, da die Fischmehlfabriken den Preis für genußuntaugliche und stehengebliebene Fische sowie Fischabfälle kurzfristig auf über die Hälfte herabsetzten. Inzwischen ist jedoch eine Konsolidierung auf dem Weltmarkt für Fischmehl eingetreten, und die Fischmehlrohstoffpreise wurden ab 1. Januar 1961 wieder erhöht. Wegen des Wettbewerbs zu anderen Eiweißfuttermitteln (z. B. aufgewertetes Soja-

¹⁾ Rechtsverordnungen auf Grund des Lebensmittelgesetzes vom 21. Dezember 1958, BGBl. I S. 950

mehl) ist aber nicht damit zu rechnen, daß die Fischmehlpreise wieder den Stand von Ende 1959 erreichen ¹⁾.

Zu (5.)

Die von den Abnehmern geforderte Anlandung besserer Qualitäten bedingte höhere Aufwendungen für die Pflege des Fangs. Bei der Verschärfung der Bestimmungen des Lebensmittelgesetzes und im Interesse einer besseren Belieferung des Verbrauchers muß die Gr. Hochseefischerei ihre Bemühungen in dieser Richtung fortsetzen. Dazu kommt, daß auch die Fischindustrie steigende Qualitätsansprüche stellt. Bei der fortschreitenden Mechanisierung der Betriebe und dem Wegfall von Konservierungsmitteln wird unbeschädigte, feste und möglichst gleichstückige Ware bevorzugt. Der Wettbewerb mit dem Ausland erfordert sogar die Verschärfung der jetzigen Qualitätsrichtlinien.

Zu (6.)

Die Einfuhren haben vorwiegend den Charakter eines Mengen- und Artenausgleichs. Außerdem konnte und kann der Nachfrage nach bestimmten Fischarten von unserer Seefischerei nicht immer entsprochen werden. Bei Einfuhrstörungen im Marktgeschehen handelt es sich weniger um ein Mengenproblem als vielmehr um eine Frage der jeweiligen zeitlichen Abstimmung mit den deutschen Anlandungen. Es ist wiederholt vorgekommen, daß Zusammenballungen von Eigenanlandungen und Einfuhren (u. a. durch Direktanlandungen ausländischer Fischereifahrzeuge) an einzelnen Tagen zu Preiszusammenbrüchen an den Märkten führten, die der Seefischerei erheblichen Schaden zufügten. Dies wäre vermieden worden, wenn Reeder, Industrie und Handel jeweils einen Kompromiß geschlossen hätten, der allen Belangen Rechnung trüge. Dann wäre es auch möglich gewesen, eine bessere Disposition durch die ausländischen Ablader durchzusetzen. Bei dem Charakter der Seefischerei werden sich aber Marktstörungen niemals gänzlich vermeiden lassen, da immer wieder kurzfristige Verschiebungen im Verhältnis zwischen Angebot und Nachfrage eintreten, die nicht vorauszusehen sind. Gleichwohl bemüht sich das Bundesernährungsministerium ständig um einen Ausgleich der unterschiedlichen Interessen und um eine vernünftige Koordination zwischen Eigenanlandungen und Einfuhren.

Die Wettbewerbsverzerrungen im Verhältnis zu den Fischereifloten anderer Länder wurden bereits auf S. 10 ff. näher behandelt.

cc)

Die Ertragsverhältnisse in der Gr. Hochseefischerei wurden aus verschiedenem Anlaß mehrfach in amtlichen Enqueten (1952 bis 1956, 1957 bis 1958) unter-

¹⁾ Näheres s. „Berichte über Landwirtschaft“ Bd. 38 (1960), H. 4, S. 666 bis 700

sucht. In dem Bericht über die Lage der Fischwirtschaft, der dem Bundestag im Januar 1958 ¹⁾ vorgelegt wurde, ist für 1953 bis 1956 folgende Durchschnittsrendite angegeben:

1953	7,4 v. H.
1954	etwa 8,0 v. H.
1955	1,3 v. H.
1956	etwa 1,0 v. H.

In einer Querschnittsuntersuchung der gesamten Fischwirtschaft (sogenannter Kienbaum-Bericht ²⁾) und in einer vom Bundesministerium für Wirtschaft über die Gr. Hochseefischerei durchgeführten Enquete ³⁾ befinden sich neuere Daten über die Ertragslage der Dampfer-Hochseefischerei bis 1958. Für den hier zu erstattenden Bericht erschien es zweckmäßig, die Enquete des Bundeswirtschaftsministeriums zu benutzen, die sich speziell auf die Gr. Hochseefischerei erstreckte und daher besonders repräsentativ ist.

Das Betriebsergebnis der in die Untersuchung einbezogenen Reedereien wurde wie folgt ermittelt:

Gewinn bzw. Verlust in DM pro 100 kg Fisch

	1957	1958
Durchschnitt	— 2,11	+ 1,45
Streuung von	—10,92 bis +1,78	— 5,86 bis + 7,04

Die Reedereien erzielten 1957 zu 85 v. H. und 1958 zu 50 v. H. kein positives Betriebsergebnis. Der für 1958 errechnete Durchschnittsgewinn von 1,45 DM je 100 kg Fisch (4 864 000 DM absolut) enthielt — bei einem Kapitalumschlag von 0,8 — eine durchschnittliche Verzinsung des betriebsnotwendigen Vermögens von 2,4 v. H., aus der noch die Tilgung des Fremdkapitals, gewinnabhängige Steuern und die Jahresrate des Lastenausgleichs zu decken waren. Werden die Ertragssteuern pauschal mit 50 v. H. von dem für 1958 als Betriebsergebnis errechneten Betrag abgesetzt, so ergibt sich eine Rendite des betriebsnotwendigen Kapitals von nur 1,4 v. H.

Für die Jahre 1959 und 1960 liegen exakte Zahlen über die Rendite nicht vor. Nach dem allgemeinen Verlauf der Fischerei kann aber angenommen werden, daß die durchschnittliche Verzinsung 1959 bei 2 v. H. lag, während sie für 1960 1 v. H. (und darunter) betragen haben dürfte.

Die seit 1955 unzureichende Rendite verhinderte die Bildung von Eigenkapital und bedingte eine Über-

¹⁾ vgl. S. 3

²⁾ RKW, Die deutsche Fischwirtschaft, Bericht über eine Untersuchung der Kienbaum-Unternehmensberatung vom 30. Oktober 1958, Bd. I bis VII, Köln und Frankfurt (Main)

³⁾ Der Bundesminister für Wirtschaft, Bericht über die Untersuchung der Kosten- und Ertragslage in der Hochseefischerei im Jahre 1957 und 1958

schuldung. Der als Folge dieser Überschuldung erforderliche Aufwand für Amortisation und Verzinsung wirkte wiederum — hier zeigt sich ein *Circulus vitiosus* — negativ auf die Rendite. Da somit eine Eigenkapitalbildung nicht möglich war, ist es nicht verwunderlich, daß die Bilanzen der untersuchten Reedereien — bei starker, sehr differenzierter Streuung — nur einen Anteil von 13 v. H. des Eigenkapitals am Gesamtkapital auswiesen (ohne die größte Reederei). Das Anlagekapital wird lediglich zu 38 v. H. durch Eigenkapital gedeckt, während auf das langfristige Fremdkapital 79 v. H. des Anlagevermögens und 21 v. H. des Umlaufvermögens entfielen. Der geringe Besatz mit Eigenkapital und das Fehlen von Liquiditätsreserven führen dazu, daß im Vergleich zu anderen Bereichen der Wirtschaft die Kreditwürdigkeit der Gr. Hochseefischerei stark eingeschränkt ist.

Zur Beurteilung der mitgeteilten Bilanzzahlen verweist das Bundeswirtschaftsministerium auf Untersuchungen an 500 Flüchtlingsbetrieben verschiedener Branchen im Jahre 1950, die zeigten, daß selbst dort der Besatz mit Eigenkapital in Höhe von 25 v. H. (1953 erst 16 v. H.) fast doppelt so hoch ist wie der der Gr. Hochseefischerei.

Die mittel- und langfristige Verschuldung der deutschen Gr. Hochseefischerei beträgt zur Zeit etwa 150 Millionen DM¹⁾. Hiervon entfallen ca. 127 Millionen DM auf Mittel des freien Kapitalmarktes und 23 Millionen DM auf öffentliche Mittel. Die jährlichen Aufwendungen für die Amortisation beziffern sich auf etwa 21 Millionen DM und die Zinsleistungen auf 7 Millionen DM²⁾. Die Gesamtbelastung aus Tilgung und Verzinsung beträgt somit etwa 28 Millionen DM und entspricht 13,5 v. H. des Bruttoerlöses der Dampferhochseefischerei im Jahre 1960. Diesen Verpflichtungen stehen für die Zeit seit der Währungsreform (20. Juni 1948) bis Ende 1960 Investitionen in Höhe von rund 420 Millionen DM gegenüber.

Die unzureichende Versorgung der Gr. Hochseefischerei mit Eigenkapital wird vom Bundeswirtschaftsministerium wie folgt kommentiert:

„Der Finanzbedarf erfordert eine Stärkung des Eigenkapitals bzw. eine Zuführung von Fremdkapital zu Bedingungen, die — namentlich bei den mittleren und kleinen Betriebsgrößen — unter Berücksichtigung der Ertragslage tragbar erscheinen.“

b) Große Heringsfischerei

Auch die Große Heringsfischerei erlitt durch den letzten Krieg große Verluste im Flottenbestand. Ein Teil der von ihr selbst unterhaltenen Häfen und Landanlagen war zudem mehr oder weniger zer-

stört. Bereits zwischen den beiden Kriegen mußte die Reichsregierung wiederholt Hilfsmaßnahmen zur Aufrechterhaltung der Großen Heringsfischerei durchführen. Diese Hilfen erstreckten sich u. a. auf die Modernisierung der Fangfahrzeuge und einen Zollschutz.

Nach dem letzten Kriege konnte die Große Heringsfischerei mit den ihr verbliebenen Fahrzeugen zwar ebenfalls sehr bald den Fangbetrieb aufnehmen. Die Erneuerung der Flotte war aber erst seit 1954 möglich, als die Finanzierung mit Mitteln aus dem ERP-Sondervermögen, einer Zinsverbilligung für Kapitalmarktdarlehen aus dem Bundeshaushalt und durch Gewährung von Landesbürgschaften für die zweite Schiffshypothek unterstützt wurde. Die Um- und Neubauten ermöglichten nunmehr, daß über ein Drittel der Schiffseinheiten ganzjährig oder fast ganzjährig fischen konnte. Das Durchschnittsalter der Flotte, das 1951 noch 23,9 Jahre betrug, sank bis 1957 auf 18,2 Jahre. Am 31. Dezember 1960 waren 101 Logger mit rund 24 000 BRT im Einsatz. Das Neubauprogramm hatte die Finanzkraft der Reedereien aber bis auf das äußerste beansprucht und konnte daher seit 1957 leider nicht mehr fortgesetzt werden. Es besteht deshalb die Gefahr, daß die schon wieder beginnende Veralterung der Flotte schnell zunimmt, wenn keine Abhilfe geschaffen wird.

Bis 1956 festigte sich die wirtschaftliche Lage der Großen Heringsfischerei — wenn auch langsam — so weit, daß keine ernsten Liquiditätsschwierigkeiten bestanden. Ein Betrieb konnte den Aktionären sogar regelmäßig eine Dividende ausschütten. Durch Ertragsausfälle und Kostensteigerungen wurde die Große Heringsfischerei jedoch ab 1957 erheblich zurückgeworfen. Die durch große Kriegsschäden verursachte hohe Verschuldung — insbesondere mit kurzfristigem Kapital — wirkte sich bei allen Betrieben fühlbar aus. Auch die Absatzbedingungen verschlechterten sich von diesem Zeitpunkt an fortlaufend, zumal die beträchtlichen Einkäufe des Ostblocks und der Sowjetzone zurückgingen, die den europäischen Salzheringsmarkt in den ersten zehn Nachkriegsjahren stark belebten. Der Bund und einige Küstenländer waren daher wiederholt genötigt, Maßnahmen zur Stützung der Großen Heringsfischerei durchzuführen. Trotzdem verschlechterte sich die Lage infolge geringer Fangergebnisse in den Jahren 1958 und 1959 weiter. Das Jahr 1958 war nicht nur in der Menge, sondern auch in der Qualität das schlechteste Fangjahr seit Bestehen der Großen Heringsfischerei überhaupt. Der Anteil kleinfallender Heringe an den Gesamtfängen war so ungewöhnlich groß, daß noch im Frühjahr 1959 etwa ein Viertel der Produktion nicht verkauft war und später zum überwiegenden Teil den Fischmehlfabriken zugeführt werden mußte. Hierdurch entstand ein Ausfall von nahezu 7 Millionen DM oder 17 v. H. der Gesamterlöse für 1958. Es ergab sich für dieses Jahr ein Betriebsverlust von 5,6 Millionen DM, dem bilanzmäßig nur Eigenmittel (Grundkapital, Rücklagen und Gewinnvorträge) in Höhe von rund 6,53 Millionen DM gegenüberstanden. Das Jahr 1958 bewirkte also, daß nicht nur alle Aufbauarbeiten nach der Währungsreform in Frage ge-

¹⁾ Mitgeteilt vom Verband der Deutschen Hochseefischeren e. V. unter ergänzenden Schätzungen des BML Stand: 30. Mai 1961

²⁾ Nach Abzug der Zinsverbilligung des Bundes und der Länder beträgt der von dem Darlehnsnehmer zu tragende Restzinssatz 5 v. H.; ca. 14 Millionen DM, § 7 d. Gelder blieben außer Ansatz.

stellt, sondern den Betrieben auch noch fast alle Eigenmittel entzogen wurden. Infolgedessen mußten 1959 und 1960 Betriebsmittelkredite in Anspruch genommen werden, deren Höhe wirtschaftlich kaum noch vertretbar war und deren akzessorische Sicherung die Küstenländer verbürgen mußten. Die gesamten Verpflichtungen der Gesellschaften in Bremen und Niedersachsen betragen zur Zeit 24 Millionen DM.

Obleich die Fangsaison 1960 mengenmäßig und qualitativ günstiger verlief, reichten die Erträge jedoch keineswegs aus, um die ausgesprochene Krisensituation in der Großen Heringsfischerei zu überwinden. Wenn auch die ohnehin schon eingeschränkte Erzeugung von Salzheringen aus der 1960er Produktion inzwischen nahezu abgesetzt ist, so zeigte sich doch, daß weder der Inlands- noch der Auslandsmarkt aufnahmefähig genug ist, um befriedigende Preise zu erzielen. Zudem muß die Große Heringsfischerei mit zunehmender Entwicklung des Binnenmarktes innerhalb der EWG mit einer immer schärferen Konkurrenz der Niederlande rechnen.

Zum Ausgleich der verminderten Salzheringsproduktion haben die Betriebe schon seit Jahren den vermehrten Fang von Frischheringen aufgenommen. Sie landeten diese Ware vornehmlich in einer Zeit an, in der die Gr. Hochseefischerei nicht im Heringsfang steht. Dennoch deckten die Erlöse nicht nur nicht die Selbstkosten, sondern im Frühjahr 1961 entstanden sogar beträchtliche Verluste (1,1 Millionen DM). Die Gründe waren verschiedener Art und lagen vornehmlich in ungünstigen Wetterbedingungen, schlechten Fangergebnissen und nicht ausreichender Qualität. Hinzu kam die immer noch fehlende Erfahrung der auf Treibnetzfangerei eingestellten Logger-Kapitäne im Schleppnetzfang. Schließlich zeigte sich, daß die Grundsleppnetzfangerei auf Hering versagte. Während die Logger ungenügende Fänge erzielten, haben schwedische, dänische und sowjetrussische Fischereifahrzeuge mit dem Schwimmsleppnetz in der gleichen Zeit wesentlich bessere Ergebnisse erreicht. Das gleiche gilt für Fischereifahrzeuge der Sowjetzone.

Die veränderten hydrographischen und biologischen Bedingungen führten zu Standortveränderungen der Heringsschwärme, die eine andere Fangtechnik erforderten. In der Umstellung auf eine wechselnde oder neue Fangtechnik sind sowohl die Große Heringsfischerei als auch die anderen Betriebsarten unserer Seefischerei (Große Hochsee-, Kleine Hochseefischerei) im Vergleich zu einigen anderen Ländern leider in Rückstand geraten.

Die Versorgung der Fischindustrie mit Frischheringen war im Frühjahr 1961 zunächst sehr unsicher, weil sich der in den letzten Jahren eingetretene Rückgang der norwegischen Winterheringsfischerei gegen alle Erwartung fortsetzte. Die Fischindustrie reagierte daher in ihrer Einkaufspraxis recht nervös, da sie besorgt war, ihren Rohwarenbedarf bis zum Beginn der Heringssaison in der Nordsee in der zweiten Hälfte 1961 nicht decken zu können. Es zeigte sich aber, daß andere Länder (Schweden, Dänemark, Niederlande) die von der Fischindustrie

benötigten Mengen größtenteils zu liefern vermochten. Deshalb führten schwedische Direktanlandungen in Cuxhaven, die sich mit Anlandungen deutscher Logger an einigen Tagen zusammenballten, zu Preiseinbrüchen, die die Große Heringsfischerei zusätzlich trafen. Darüber hinaus hat die Qualität der ohnehin schon geringen Anlandungen der Logger vielfach den Anforderungen der Industrie nicht entsprochen. Hierdurch verstärkte sich deren Neigung, auf die qualitativ hochwertigeren Auslandsheringe auszuweichen.

Die wirtschaftliche Lage der Betriebe der Großen Heringsfischerei ist derartig kritisch, daß die Länder Bremen, Niedersachsen und Schleswig-Holstein befürchten müssen, wegen ihrer Bürgschaften in Höhe von 6,5 Millionen DM in Anspruch genommen zu werden. Diese Tatsache veranlaßte sie, in einem Memorandum vom 6. Juni 1961 eine finanzielle Hilfe des Bundes zu erbitten.

In dem Memorandum wird u. a. ausgeführt, daß die Länder Bremen und Niedersachsen an der Jahreswende 1960/61 Sanierungsmaßnahmen einleiten mußten, um die Fortführung der Betriebe zu ermöglichen. „Das Land Niedersachsen erklärte sich grundsätzlich bereit, die bisher in Höhe von 2,5 Millionen DM von ihm verbürgten Betriebsmittelkredite durch ein langfristiges, zinsgünstiges Landesdarlehen in Höhe von 2 Millionen DM abzulösen unter der Bedingung, daß gleichzeitig durch die Gesellschaften in Emden und Leer eine weitere Summe in Höhe von 1 Million DM mobilisiert würde. Das Land Bremen erklärte sich grundsätzlich bereit, bei einer Umschuldung der in Vegesack eingefrorenen Betriebsmittelkredite in Höhe von 2 Millionen DM Bürgschaften bis zu 1,5 Millionen DM zu übernehmen und bei der Beschaffung weiterer Betriebsmittelkredite Hilfe zu leisten. Ähnliche Konsolidierungsmaßnahmen zur Behebung der in Glückstadt eingetretenen Notlage werden in Schleswig-Holstein erwogen¹⁾.“ Die in der Anlage A angeführten Bilanzzahlen der Reedereigesellschaften geben im einzelnen Aufschluß über den augenblicklichen Finanzstatus.

c) Kleine Hochsee- und Küstentischerei

Die Kleine Hochsee- und Küstentischerei ist seit jeher recht krisenempfindlich. Deshalb mußten ständig Hilfsmaßnahmen aus öffentlichen Mitteln durchgeführt werden, wobei nicht nur ernährungspolitische, sondern auch sozialpolitische Gesichtspunkte maßgebend waren. Trotzdem bestand schon zwischen den beiden Kriegen eine große Veralterung des Fahrzeugbestandes. Eine schrittweise Erneuerung sollte durch Aufstockung des Reichsdarlehnsfonds für die Kutterfischerei (langfristige Darlehen mit niedrigen Zins- und Tilgungssätzen) erreicht wer-

¹⁾ Memorandum des Senators für Wirtschaft und Außenhandel, Bremen, des Ministers für Ernährung, Landwirtschaft und Forsten, Kiel, und des Niedersächsischen Ministers für Ernährung, Landwirtschaft und Forsten, Hannover, über die wirtschaftliche Lage der Betriebe der Großen Heringsfischerei in der Bundesrepublik vom 6. Juni 1961

den, wurde aber durch den Ausbruch des zweiten Weltkrieges verhindert. Nach dessen Ende bereiteten die Kriegsverluste, die große Überalterung der Flotte und die daraus folgenden erhöhten Betriebskosten große Sorge. Ferner war es in den ersten Nachkriegsjahren wegen des bekannten Materialmangels nicht möglich, eine ausreichende Instandsetzung der Fahrzeuge durchzuführen.

Ein besonderes Problem stellte die Selbsthaftmachung der zahlreichen Flüchtlingsfischer aus Ostpreußen und Pommern in der Bundesrepublik — insbesondere in Schleswig-Holstein — dar, die nur zu einem kleinen Teil ihre Fahrzeuge mitbrachten. Zum Teil war es allerdings möglich, diesen Fischern von den Besatzungsmächten freigegebene Kriegsfischkutter zu verchartern und später in ihr Eigentum zu überführen.

Trotz der Maßnahmen des Bundes und der Länder (Errichtung eines Bundesdarlehnsfonds und von Länderdarlehnsfonds) war der Zugang an Neubauten der Kutterfischerei seit der Währungsreform verhältnismäßig gering. Dagegen machte die Modernisierung veralteter Fahrzeuge in den letzten Jahren größere Fortschritte.

Die Flotte der Kleinen Hochsee- und Küstenfischerei bestand am 31. Dezember 1960 aus rund 1350 Motorfischkuttern (bis ca. 24 m Länge) und aus rund 1660 Küstenfischereifahrzeugen (davon rund 581 mit Motor).

Trotz mannigfacher Schwierigkeiten war die wirtschaftliche Lage des Betriebszweiges wegen der günstigen Absatzverhältnisse bis 1949 einigermaßen befriedigend. Danach wirkte sich der steigende Anfall von Reparaturen nicht nur durch die damit verbundenen hohen Kosten, sondern auch durch eine verminderte Einsatzfähigkeit der Boote sehr nachteilig aus. Sobald sich die Ernährungsverhältnisse verbesserten, traten auch Absatzschwierigkeiten auf, zumal die Genossenschaften der Kleinen Hochsee- und Küstenfischerei — die zudem noch gegeneinander arbeiteten — nur eine schwache Stellung im Markt hatten. Das Mißverhältnis zwischen den Betriebskosten und den Erlösen für die Anlandungen wurde immer größer.

Leider liegen repräsentative Ziffern über Betriebsergebnisse der Kleinen Hochsee- und Küstenfischerei nicht vor. Lediglich für Betriebe aus der Lübecker Bucht und der Krabbenfischerei waren an Hand von Buchführungsergebnissen fortlaufende Reinertragsberechnungen möglich, die in den Jahresberichten des Bundesernährungsministeriums über die deutsche Fischwirtschaft regelmäßig veröffentlicht wurden. Diese Zahlen haben jedoch keinen generellen Aussagewert.

Bei der großen Nachfrage und den steigenden Preisen für Fischmehl ging ein Teil der Kleinen Hochsee- und Küstenfischerei ab 1951 — dem Beispiel der dänischen Kutterfischerei folgend — in den Sommer- und Herbstmonaten (Juni bis September) zum Fang von Heringen und später auch von Sandaalen für die Verarbeitung in Fischmehlfabriken über. Dieser Industriefischfang nahm von Jahr zu Jahr zu.

Tabelle 14

Anteil der Industriefische an den Gesamtanlandungen der Kleinen Hochsee- und Küstenfischerei

(v. H.)

1951	51,1
1952	49,5
1953	61,5
1954	66,3
1955	69,7
1956	60,5
1957	64,8
1958	62,3
1959	68,9
1960	58,3

Bei der Industriefischerei konnten die Fischer die Fangkapazität ihrer Fahrzeuge weitgehend ausnutzen, da sie auf die Qualität keine Rücksicht zu nehmen brauchten. Die verhältnismäßig hohen und festen Preise für Fischmehlrohstoffe verminderten das Risiko, und das Betriebsergebnis war fast ausschließlich vom Mengenertrag abhängig. Diese Art der Fischerei trug daher bis Ende 1959 wesentlich zur Verbesserung der allgemeinen wirtschaftlichen Lage der Kleinen Hochsee- und Küstenfischerei bei. Dennoch haben das Bundesernährungsministerium und auch die Länder die Berufsvertretung der Kutterfischerei schon seit Jahren davor gewarnt, den Industriefischfang als wirtschaftliches Rückgrat zu betrachten. Ihrem ganzen Wesen nach sei es vielmehr Aufgabe dieser Betriebsart, die Anlandungen von Massenfischen der Dampferfischerei durch ein vielseitiges Angebot von Feinfischen zu ergänzen, da bei dem steigenden Lebensstandard der Bevölkerung und bei richtiger Organisation des Absatzes hohe Preise erzielt werden könnten. Die vorstehend angeführten Zahlen zeigen aber, daß sich der Anteil der Industriefische an den Gesamtanlandungen trotz dieser Warnung bis 1959 nicht verringerte. Als dann gegen Ende 1959 der Preiseinbruch für Fischmehl auf dem Weltmarkt einsetzte, wurde die Kutterfischerei hart getroffen, da die herabgesetzten Preise für Fischmehlrohstoffe die Betriebskosten nicht oder kaum noch deckten. Im Jahre 1960 ging daher der Anteil der Industriefische an den Gesamtanlandungen bereits auf 58 v. H. zurück. Der Rückgang wird sich 1961 aller Voraussicht nach fortsetzen. Diese Entwicklung führte 1960 zu einer Verminderung der Gesamtanlandungen der Kleinen Hochsee- und Küstenfischerei um rund 30 000 t gegenüber 1959, während der Fang an Konsumfischen um 5000 t zunahm.

Eine preisgünstige Absatzentwicklung bahnt sich für die Anlandungen von Konsumfischen der Kutterfischerei durch die Versorgung der Landfrosterbetriebe an. Die kurzen Fangreisen ermöglichen nämlich, diese Betriebe mit besonders hochwertiger Ware zu versorgen.

Bei der Umstellung auf einen vermehrten Konsumfischfang und die Anlandung von frischen Heringen zur Versorgung der Konservenindustrie entstehen für die Kutterfischerei dadurch Schwierigkeiten, daß es ihren Betrieben zu einem großen Teil an den erforderlichen Mitteln für die Umrüstung fehlt. Außerdem mangelt es auch vielfach an Erfahrungen in der Handhabung neuer Fangmethoden. Dies gilt insbesondere für die Verwendung des Schwimmschleppnetzes, mit dem bereits in anderen Ländern in der Heringsfischerei gute Erfahrungen gemacht wurden. In Dänemark gelang es dagegen, die erforderliche Betriebsumstellung auf den Konsumfischfang und die Heringsversorgung der Konservenindustrie sehr schnell durchzuführen.

Krabbenfischerei

Die Krabbenfischerei unterscheidet sich von der übrigen Küstenfischerei dadurch, daß sie bisher an der Nordseeküste überwiegend nur ein Nutztier — nämlich die Krabbe (Garnele) — fängt, das für den menschlichen Konsum und die Tierfütterung Verwendung findet. Im übertragenen Sinne kann man daher von einer Art „Monokultur“ sprechen, die wirtschaftlich von vornherein mit größerem Risiko behaftet ist. Die Betriebe gerieten schon zwischen den beiden Kriegen häufig in Notlagen, denen auch aus sozialpolitischen Gründen durch staatliche Hilfsmaßnahmen begegnet wurde.

Obgleich die Krabbenfischerei durch den Krieg am wenigsten betroffen wurde — ihre Standorte befinden sich zumeist in kleinen Sielhäfen an der Nordseeküste — und auch der Absatz bis in das Jahr 1960 befriedigte¹⁾, trat ab 1956 ein ständiger Rückgang der Anlandungen ein:

¹⁾ Maßnahmen gemäß § 8 Fischgesetz vom 31. August 1955 (BGBl. I S. 567) und Futtermittelanordnung in der Fassung vom 24. Oktober 1951 (BANz. Nr. 213) — Zwang zur Beimischung von Futterkrabben bei Geflügelmischfutter.

Anlandungen in 1000 t

1955	43
1956	33,5
1957	35
1958	28
1959	25,5
1960	24

Von 1955 bis 1960 betrug der Rückgang nahezu 50 v. H. Er ist auf hydrographische und biologische Veränderungen in der Deutschen Bucht zurückzuführen. In den letzten zehn Jahren entfielen von den Gesamtanlandungen nur etwa 15 v. H. auf Speisekrabben, für die allein auskömmliche Preise gezahlt wurden.

Bei der Verwertung von Speisekrabben spielte die Konservierung mit Borsäure eine besondere Rolle. Nur durch diesen Zusatz konnte eine Vollkonserve aus Krabbenfleisch erzeugt werden. Angesichts der ohnehin schon schwierigen Lage der Krabbenfischerei mußte sie das Verbot der Verwendung von Borsäure in der Novelle zum Lebensmittelgesetz um so härter treffen, zumal sich 1960 auch Schwierigkeiten beim Absatz von Futterkrabben ergaben.

Die in der Krabbenfischerei tätigen Menschen gehören zu denjenigen, die am wirtschaftlichen Aufstieg der Bundesrepublik nicht teilnahmen. Ihre Lage hat sich im Gegenteil verschlechtert. Insbesondere jüngere Krabbenfischer sind deshalb in andere Bereiche der Wirtschaft abgewandert. Die verbliebenen Fischer fanden — allerdings nur zu einem Teil — einen gewissen Ausgleich, indem sie in den Sommermonaten geeignete Räume an Badegäste vermieteten. Hierdurch konnte vielfach der ärgsten Not gesteuert werden. Dennoch ist nicht zu übersehen, daß zahlreiche ältere Krabbenfischer am Rande des Existenzminimums leben.

Anlage A

Vorläufige Bilanzzahlen von vier Gesellschaften der Großen Heringsfischerei

1959/1960

Beträge in tausend DM

	1.	2.	3.	4.
Aktiva				
Kasse, Postscheck, Bank	10	—	5	74
kurzfristige Forderungen aus Lieferungen und Leistungen	133	—	269	300
Wertpapiere	3	6	—	2
Heringsvorräte	201	307	150	757
Sonstige Forderungen	334	71	104	186
Rechnungs-Abgrenzung	55	56	45	629 ¹⁾
Hilfs- und Betriebsstoffe	122	142	175	
Böttchereimaterial	715	918	764	2 678 ¹⁾
Forderung	923	—	—	—
Forderungen gemäß § 80 Aktiengesetz . .	—	—	14	—
Umlaufvermögen	2 496 (33,3)	1 500 (21,4)	1 526 (25,8)	4 626 (30,5)
Schiffspark	3 488	3 953	2 418	8 468
Zweckgebundene Bankguthaben	9	99	53	—
Anzahlungen auf Investitionen	—	—	—	2
Fischereigeräte	665	911	1 027	— ¹⁾
Grundstücke und Gebäude	611	320	488	1 581
Betriebs- und Geschäftsausstattung . . .	65	43	30	88
Maschinen und Anlagen	18	58	22	352
7 c-Darlehen	—	—	—	1
Beteiligungen	22	31	19	66
aktive Disagio	79	97	73	— ¹⁾
LA-Gegenposten	—	—	255	—
Anlagevermögen	5 007 (66,7)	5 512 (78,6)	4 385 (74,2)	10 558 (69,5)
Bilanzsumme	7 503 (100)	7 012 (100)	5 911 (100)	15 184 (100)

¹⁾ In der Bilanz dieser Gesellschaft fehlen bei den bezeichneten Positionen nähere Angaben, so daß eine Aufschlüsselung nicht möglich war.

	1.	2.	3.	4.
Passiva				
Bankschulden	1 283	—	493	2 899
Schuldwechsel	1 159	—	750	704
Verbindlichkeiten aus Lieferungen und Leistungen	424	375	432	1 261
Verbindlichkeiten	—	923	—	—
Rückstellungen	70	48	18	553
Rechnungs-Abgrenzung	—	—	21	25
Sonstiges	374	337	221	345
kurzfristige Verbindlichkeiten	3 310 (44,1)	1 683 (24,0)	1 935 (32,7)	5 787 (38,1)
Hypotheken-Darlehen	3 766	4 983	3 304	7 912
Sonstige langfristige Darlehen	—	—	122	—
Kreditgewinn-Abgaben	—	163	256	—
7 c-Gegenposten	—	—	—	1
Pensionsrückstellungen	27	36	84	—
mittel- und langfristige Verbindlichkeiten	3 793 (50,6)	4 792 (68,3)	3 766 (63,7)	7 913 (52,1)
Grundkapital	1 000	1 600	1 600	2 400
Verlustvortrag	— 663	— 892	— 360	— 177
Verlust	— 146	— 171	— 1 110	— 2 278
Rücklagen	+ 209	—	+ 80	+ 1 539
Eigenmittel	+ 400 (5,3)	+ 537 (7,7)	+ 210 (3,6)	+ 1 484 (9,8)
Kapital, mittel- und langfristige Verbindlichkeiten	4 193 (55,9)	5 329 (76,0)	3 976 (67,3)	9 395 (61,9)
Bilanzsumme	7 503 (100)	7 012 (100)	5 911 (100)	15 184 (100)
Liquiditätsübersicht				
kurzfristige Verbindlichkeiten	3 310	1 683	1 935	5 787
Umlaufvermögen	2 496	1 500	1 526	4 626
Unterdeckung	— 814	— 183	— 409	— 1 161
Verhältnis				
Umlaufvermögen: kurzfristige Verbindlichkeiten	1 : 1,33	1 : 1,12	1 : 1,27	1 : 1,25

Anlage B

Entwicklung der Seefischerei in der sowjetischen Besatzungszone

I. Flottenpolitik

Bestimmend für die Fischereipolitik der SBZ ist nicht das ökonomische Prinzip, sondern die politische Ideologie. Nachdem vor dem Kriege in Mitteldeutschland lediglich die Küstenfischerei ausgeübt wurde, führte in den Nachkriegsjahren die Nahrungsmittelnot — hier insbesondere der Bedarf an tierischem Eiweiß, der in anderer Weise nicht zu decken war und ist — und das Streben nach planwirtschaftlicher Autarkie zum Aufbau einer mittleren und fernen Fischerei. Dieses Bemühen stieß zunächst auf große Schwierigkeiten, da nicht nur fast alle Fischereifahrzeuge durch die Sowjetunion als Reparationsgüter beschlagnahmt waren, sondern zudem keine leistungsfähige Werftindustrie bestand. Inzwischen gelang es jedoch, die erforderlichen Produktionsanlagen zu errichten und sogar im Schiffsexport — insbesondere von Loggern und Trawlern — eine bemerkenswerte Stellung zu beziehen.

Ende 1958 bestand die Fischereiflotte der SBZ aus folgenden Einheiten ¹⁾:

232 Kutter unter 24 m Länge
35 Kutter über 24 m Länge
33 Logger
20 Trawler

Zum gleichen Zeitpunkt waren fünf weitere Trawler und ein Fang- und Fabrikschiff (von rund 2800 BRT) in Auftrag gegeben.

Zur Zeit verfügt die SBZ über zwei Fabrikschiffe von je 3100 BRT. Geplant ist der Bau von zwölf weiteren Fang- und Fabrikschiffen zu 2800 BRT sowie der Bau einer größeren Anzahl von Fang- und Gefrierschiffen (ca. 600 BRT) ²⁾, die speziell für den Einsatz in westafrikanischen Gewässern zum Fang von Thunfisch, Heringen und Sardinen bestimmt sind.

Die skizzierte Flottenpolitik zeigt das Bestreben,

- sich der fernen Fischerei (Labrador, Grönland, Westafrika) vermehrt zuzuwenden und
- die Ungunst der Fischereistandorte durch einen verstärkten Einsatz von Fang- und Fabrikschiffen zu kompensieren.

In dem Streben nach Autarkie wird bewußt Neuland betreten. Dies gilt für die Einführung der pelagischen Fischerei (vgl. S. 16 und 19) genauso wie

¹⁾ Jahrbuch der „Deutschen Demokratischen Republik“ 1959, Herausgeber: Deutsches Institut für Zeitgeschichte.

²⁾ Bergmann, H.-H., Ökonomische Probleme beim Einsatz neuer Schiffstypen in der Fischereiflotte der „Deutschen Demokratischen Republik“, In: Fischereiforschung, Informationen für die Praxis, 1961, 4. Jahrgang, Heft 1/2, Herausgeber: Institut für Hochseefischerei und Fischverarbeitung, Rostock-Marienehe.

für die Inbetriebnahme — allerdings in Anlehnung an russische Vorbilder — großer Schiffseinheiten ¹⁾ oder für das Aufsuchen neuer Fanggebiete unter der westafrikanischen Küste. Offensichtlich ist die Regierung der SBZ bereit, Risiken für Neuentdeckungen und Neuentdeckungen zu übernehmen, die die westdeutschen Reeder entsprechend ihrer Größe und ihrer Kapitalstruktur (vgl. S. 14 ff.) nicht zu tragen in der Lage sind. Dabei besteht nach Ansicht des BML kein Zweifel, daß Initiative und Expansion in die angedeuteten Richtungen mittel- und langfristig nicht nur privatwirtschaftlich lohnend sind, sondern, da sie im Zeichen der Zeit stehen, über das Fortbestehen der Gr. Hochseefischerei schlechthin entscheiden.

Als Fischereischutzboote sind die „Robert Koch“ (ca. 750 BRT) und ein Logger eingesetzt. Der Fischereiforschung dienen die „Karl Liebknecht“ (ca. 400 BRT) und mehrere kleine Fahrzeuge. An Land wird die Forschung im Institut für Hochseefischerei und Fischverarbeitung in Rostock-Marienehe und in einer Station auf Rügen betrieben.

II. Eigenanlandungen, Einfuhr und Versorgung der SBZ

Die Eigenanlandungen der SBZ aus der Hochsee-, Küsten- und Binnenfischerei haben sich seit 1951 mehr als verdoppelt und betragen seit 1957 rund 100 000 t.

Fangergebnis

1000 t

	Insgesamt	davon:	
		Hochsee- und Küstenfischerei	Binnenfischerei
1951	44,3	37,5	6,8
1953	62,3	55,9	6,4
1955	68,6	62,2	6,4
1957	96,5	89,8	6,7
1959	105,6	97,6	8,0

Quelle.: Statistisches Jahrbuch der „Deutschen Demokratischen Republik“ 1955 bis 1959, Herausgeber: VEB Deutscher Zentralverlag, Berlin

¹⁾ Der größte Trawler der SBZ ist etwa doppelt so groß wie der größte Trawler der Bundesrepublik. Als bezeichnender Unterschied für die Einstellung zur Freiheit der Persönlichkeit in den beiden politischen Systemen sei angeführt: Während die Fischer der Bundesrepublik großen Wert auf kurze Fangreisen legen, um möglichst häufig an Land und bei ihren Familien zu sein, spielt dieses Moment in der SBZ keine Rolle. Trotz schwerster Arbeitsbedingungen werden sogar Frauen und Mädchen zur Bedienung der fischverarbeitenden Maschinen auf den Fabrikschiffen herangezogen.

Ergänzend wurden folgende *Mengen an Fischen und Fischwaren aus der Bundesrepublik bezogen oder aus dritten Ländern eingeführt* (1000 t)

	Bezüge aus der Bundesrepublik	Einfuhr aus dritten Ländern	Einfuhr und Bezüge total
1953	22,3	97,1	119,4
1954	35,6	101,5	137,1
1955	42,4	108,9	151,3
1956	32,9	103,4	136,3
1957	30,4	108,6	139,0
1958	33,3	104,9	138,2
1959	17,0	96,9	113,9
1960	ca. 18,0	.	.

Quelle: Statistisches Jahrbuch der „Deutschen Demokratischen Republik“ 1955 bis 1959, Herausgeber: VEB Deutscher Zentralverlag, Berlin, und

Jahresbericht über die deutsche Fischwirtschaft 1957 bis 1959, zum Teil errechnet.

Die höchsten Bezüge aus der Bundesrepublik wurden 1955 getätigt. Bis 1959 gingen die Lieferungen um 60 % des damaligen Umfangs oder von 42 400 t auf 17 000 t zurück, während sich die Einfuhren aus

dritten Ländern nur um 11 v. H. verminderten. Diese Entwicklung betraf den Handel mit Salzheringen besonders stark, wodurch die Rentabilität der westdeutschen Heringsfischerei erheblich beeinträchtigt wurde (vgl. S. 18).

Aus der nachstehenden Tabelle ist zu entnehmen, daß sich an der Gesamtversorgung der Bevölkerung der Bundesrepublik und der SBZ gegenüber derjenigen des Deutschen Reiches kaum etwas geändert hat.

Diese Aussage ist lediglich für das Jahr 1959 einzuschränken. Die Bundesrepublik war wegen der schlechten Fangerträge, insbesondere der Heringsfischerei in der Nordsee gezwungen, ihre Eigenanlandungen mengen- und qualitätsmäßig durch Einfuhren zu ergänzen. Demgegenüber war die SBZ offenbar aus finanziellen Gründen nicht in der Lage, durch Einfuhren sowie Bezüge aus der Bundesrepublik einen entsprechenden Ausgleich herbeizuführen. Die Tabelle zeigt deutlich, welche Verschiebungen sich durch die auf Autarkie gerichtete Fischerei und Handelspolitik der SBZ ergeben haben.

Aus Eigenanlandungen, Bezügen aus der Bundesrepublik und aus Einfuhren dürften in der SBZ 1959 insgesamt etwa 220 000 t (Produktgewicht = Tonne) an Fischen und Fischwaren zur Verfügung gestanden haben. Aus dieser Angabe ist zu errechnen, daß die Versorgung pro Kopf der Bevölkerung derjenigen der Bundesrepublik nahezu entspricht.

Versorgung des Deutschen Reichs sowie der Bundesrepublik und der Sowjetischen Besatzungszone

	Deutsches Reich ¹⁾ 1937	Bundesrepublik	SBZ	Bundesrepublik	SBZ	Bundesrepublik	SBZ
		1957		1958		1959	
Angaben in 1000 t							
Fangmenge	672	686	97	651	93	678	106
Einfuhr	228	120	109	136	105	172	97
Bezüge aus der Bundesrepublik	—	—	30	—	33	—	17
Zufuhren insgesamt	900	806	236	787	241	850	220
Ausfuhr	9	39	—	44	—	46	—
Lieferungen in die SBZ	—	30	—	33	—	17	—
Im Inland zur Verfügung stehende Menge	891	<u>737</u>	<u>236</u>	<u>710</u>	<u>241</u>	<u>787</u>	<u>220</u>
		973		951		1 007	
Bevölkerung in Millionen							
Bundesrepublik	38,49	50,82		51,45		52,01	
SBZ	14,85	16,30		16,16		16,17	
Berlin (West)	2,69	2,23		2,23		2,21	
Berlin (Ost)	1,56	1,11		1,11		1,09	
Saar	0,89	1,00		1,04		1,04	
	<u>42,07</u> <u>16,41</u>	<u>54,05</u>	<u>17,41</u>	<u>54,72</u>	<u>17,27</u>	<u>55,26</u>	<u>17,26</u>
Gesamtbevölkerung	67,83 ²⁾	71,46		71,99		72,52	
Je Kopf der Bevölkerung zur Verfügung (in kg) einschließlich Fischmehlrohstoffe							
	13,1	13,6	13,6	13,1	13,9	14,2	12,7
		13,6		13,2		13,7	

¹⁾ derzeitiger Gebietsumfang

²⁾ einschließlich 9,35 Millionen in den derzeit unter fremder Verwaltung stehenden Ostgebieten

Quelle: Jahresberichte über die deutsche Fischwirtschaft, herausgegeben vom BML, 1957 bis 1959; — Statistik der Bundesrepublik Deutschland, Bd. 199, Bevölkerung und Wirtschaft, herausgegeben vom Statistischen Bundesamt, Wiesbaden; — Statistisches Jahrbuch der „Deutschen Demokratischen Republik“ 1955 bis 1959, herausgegeben vom VEB Deutscher Zentralverlag, Berlin.

Aus Äußerungen in der Presse der SBZ ist zu entnehmen¹⁾, daß die zur Versorgung der Bevölkerung zur Verfügung stehende Menge (14,8 kg im Jahr 1960) auf 18 kg im Jahr 1965 erhöht werden soll. Dies würde bedeuten, daß 1965 mindestens 310 000 t an Fischen und Fischwaren bereitzustellen wären, was eine Steigerung der Zufuhren um 90 000 t gegenüber dem Stand von 1959 erforderlich machen würde. Es ist fraglich, ob dieses Planziel erreicht werden kann und ob bei freier Konsumwahl die Nachfrage nach Fischen und Fischwaren entsprechend steigen würde. Fraglos aber hat die Bundesrepublik — nicht nur im Hinblick auf die Wiedervereinigung — die Fischereipolitik der SBZ aufmerksam zu verfolgen.

¹⁾ Neukamm, F.: „Delikater Fisch stets begehrt“, Stand der Fischwirtschaft und des Fischhandels bei der Lösung der ökonomischen Hauptaufgabe, „Die Fischwirtschaft“ vom 4. Januar 1961.